

**Für ein
Elterngeld-
ZUKUNFT**

Volkmar Weiss

Dr. rer. nat. habil. Dr. phil. habil. Volkmar Weiss
volkmar-weiss@t-online.de

Kindle Direct Publishing
Leipzig, März 2021
ISBN 979-8574962565

Inhaltsverzeichnis

Seite

3 Vorbemerkung

4 Soziale Unterschiede der Kinderzahlen

10 In der DDR 1972: Die Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind

10 Der Traum von der Gleichheit, die Vorgeschichte

16 Die Auswirkungen der Anordnung

27 In Deutschland 2007: Das Elterngeldgesetz

27 Die Ausgangslage

35 Die Konstruktionsfehler des Gesetzes

43 Warum ein Elterngeld-ZUKUNFT?

Vorbemerkung

Als am 1.1.2007 in Deutschland das Elterngeldgesetz in Kraft trat, hatte es von Anfang an einen schweren Geburtsfehler. In der Öffentlichen Anhörung vor dem Familienausschuss hatte am 3.7.2006 Prof. Christian Seiler darauf hingewiesen: „Denn um die Vorteile des Elterngeldes zu optimieren, müßten junge Erwachsene ihre Familiengründung möglichst auf einen späteren Zeitpunkt mit dann höherem Einkommen verschieben. .., Hingegen würde etwa eine Studentin den niedrigen Sockelbetrag kaum als Kompensation für die ihr durch einen erziehungsbedingten Aufschub ihres Studiums entstehenden Nachteil ansehen.“¹ Dieser Einwand des Sachverständigen fand leider keine Beachtung, bis heute.

Jetzt gilt es, den Geburtsfehler des Gesetzes zu beheben, ein Elterngeld-ZUKUNFT vorzubereiten. Wenn junge intelligente Frauen - Abiturientinnen, Studentinnen - Kinder haben wollen, dann sollten sie monatlich den Betrag ausgezahlt bekommen, den sie nach Abschluß ihrer Ausbildung, also als Berufstätige im Alter von 35 oder 40 Jahren bekämen. In einer jeden Generation sind die Mehrzahl der Begabten und Hochbegabten nicht Kinder von Akademikern, sondern Aufsteiger aus der Mittelschicht. Um ihre Familiengründung geht es bei der Forderung nach einem Elterngeld-ZUKUNFT!

Aber warum? Ist es nicht völlig gleich, von wem die Kinder geboren werden? Noch dazu, wenn die fehlende Zahl auch durch Einwanderer ersetzt werden könnte?

Hatten und haben soziale Unterschiede der Kinderzahlen überhaupt eine Bedeutung?

¹ Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschussdrucksache 16(13)81g, Prof. Dr. Christian Seiler, Stellungnahme zum Elterngeld

Soziale Unterschiede der Kinderzahlen²

In allen europäischen Industriestaaten steigt die Geburtenzahl nicht mehr, sondern sinkt. Wenn derzeit bei uns noch Einwohnerzahlen ansteigen, dann durch Einwanderung und Binnenwanderung. Jahrzehntelang ging die Theorie des Demographischen Übergangs davon aus, die Entwicklung strebe zu einem Gleichgewicht. Doch in Natur und Gesellschaft gibt es wenig Gleichgewichte, sondern eher Zyklen.

Einigen Ökonomen³ ist aufgefallen, daß in der geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte die Wohlhabenden von einem bestimmten Punkt an weniger Kinder haben als andere. Eine Erklärung haben sie darin gefunden, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gleichlaufend mit dem Rückgang der Kindersterblichkeit, in einem Zyklus ein Umschlag eingesetzt haben muß, von dem ab die Armen mehr Kinder haben als die Reichen.⁴ Fortgesetzter wirtschaftlicher Aufstieg ist möglich geworden, weil - anstatt in die Geburt weiterer Kinder - in die Bildung der überlebenden Kinder investiert worden ist⁵ und investiert wird.

Kinderarmut der Eltern war und ist oft der Preis für den sozialen Aufstieg der Begabten.⁶ Der demographische Umschlagpunkt im 19. Jahrhundert war auch ein politischer Umschlagpunkt, von dem ab sich die Gesellschaft von größerer Ungleichheit zu größerer Gleichheit in der Ausübung der politischen Rechte entwickelt. Gegenläufig dazu, bedingt auch durch die geringen Kinderzahlen der Mittel- und Oberschicht,

² Dieser Gliederungspunkt ist geschrieben auf der Grundlage von: Weiss, Volkmar: Die Intelligenz und ihre Feinde: Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft. Graz: Ares 2012, Kapitel : Zum Kreislauf der Bevölkerungsqualität, S. 417ff.

³ Galor, O. and O. Moav: Natural selection and the origin of economic growth. The Quarterly Journal of Economics 117 (2002) 1133-1191

⁴ Croix, D. de la and M. Doepcke: Inequality and growth: why differential fertility matters. American Economics Review 93 (2003) 1091-1119

⁵ Galor, O. And O. Moav: Das Human-Kapital. A theory of the demise of the class structure. Reviews of Economic Studies 73 (2006) 85-117

⁶ Zak, P. J.: Genetics, family structure, and economic growth. Journal of Evolutionary Economics 12 (2002) 342-365

konzentrieren sich die Vermögen stärker, während die Massen relativ zahlreicher und ärmer werden.

Wie hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und Kinderzahl in den letzten Jahrhunderten entwickelt?

Schon weit vor 1800 beginnend, war es in weiten ländlichen Gebieten zu einem starken Anwachsen der nicht-bäuerlichen und kleinbäuerlichen Existenzen gekommen. Es ist dabei von Interesse, woher diese Überschußbevölkerung gekommen ist. Aus marxistischer Wurzel genährt, war die Hypothese aufgestellt worden, das sei durch die überproportionale Selbstvermehrung der landlosen „proletarischen“ Bevölkerung erfolgt, da sich auf diese Weise der „Klassencharakter“ und das „Bewußtsein“ dieser Schicht, um in der marxistischen Terminologie zu bleiben, am besten erklären ließe.⁷ Das alles mündete in einer „Theorie der Protoindustrialisierung“. Dabei spielt für die neomarxistische Theorie, das Proletariat sei das Produkt seines eigenen Bevölkerungsüberschusses, das angebliche niedrigere Heiratsalter der Armen eine Schlüsselrolle. Diese schöne Theorie hat den Fehler, sie läßt sich nicht mit Zahlen und Tatsachen bestätigen. Zur Ehrenrettung des wissenschaftlichen Rufes der Forscher muß aber festgestellt werden: Sie haben diesen Fehler inzwischen selbst bemerkt.⁸

In fast allen untersuchten Gemeinden ist es vor allem der vollbäuerliche Bevölkerungsanteil, der bis weit ins 19. Jh. einen ständigen und oft sehr hohen Bevölkerungsüberschuß erzeugt, während die unterbäuerlichen Schichten oft so dicht am Existenzminimum verbleiben und deshalb eine so hohe Kindersterblichkeit aufweisen, daß sie nicht einmal ihre eigene Zahl reproduzieren können und in jeder Generation durch sozial absteigende Bauernsöhne und -töchter ergänzt werden müssen.⁹ Auf diese Weise blieb bis etwa 1800 das Gesamtwachstum der Bevölkerung sehr gering.

⁷ Tilly, C.; Demographic origins of the European proletariat. In: Levine, D. (ed.): Proletarianization and Family History. Orlando: Academic Press 1985, 1-85i

⁸ Medick, H.: Weben und Überleben in Laichingen 1659-1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1996

⁹ Weiss, V.: Bevölkerung und soziale Mobilität: Sachsen 1550-1880. Berlin: Akademie-Verlag 1993

In einem vielbeachteten Buch hat Gregory Clark¹⁰ Statistiken aus England zusammengestellt, die belegen, daß in der Zeit von 1500 bis 1800, wahrscheinlich sogar schon seit 1250 - weiter reichen geeignete Quellen nicht zurück - die wirtschaftlich Erfolgreicheren auch die höheren Kinderzahlen hatten. Wenn Persönlichkeitsmerkmale auch durch erbliche Eigenschaften mit bedingt sind, dann bedeutet das – so schließen Clark und Hamilton¹¹ – daß sich seit 1500 in England auch die Genfrequenzen verändert haben müssen. Da wirtschaftlicher Erfolg in England (und überall in der Welt) mit einem höheren IQ korreliert ist, so müssen sich folglich seit 1500 die Gene, die einen höheren IQ mit bedingen, angereichert haben. So einleuchtend und selbstverständlich diese Logik für einen Genetiker ist, so wichtig ist die Veröffentlichung dieser Einsicht in einem nach 2000 veröffentlichten Buch der Wirtschaftsgeschichte. Nach Clark war diese Veränderung der Genfrequenzen eine entscheidende und notwendige Voraussetzung, daß England im 19. Jahrhundert als Folge der Industriellen Revolution die Weltmacht Nummer Eins werden konnte.

Bereits in der Mitte des 16. Jh. bestand in vier besonders gewerbefleißigen Dörfern der Kirchgemeinde Markersbach im sächsischen Erzgebirge fast die Hälfte der Bevölkerung aus Handarbeitern und landarmen Häuslern, die andere Hälfte aus Bauern und anderen Erbbegüterten. Von 1547-1791 sind in Erstehen der Häusler 4,8 Kinder geboren worden, von denen zwei Drittel vor Erreichen des Heiratsalters starben und im Mittel nur 1,6 heirateten. Im Gegensatz dazu wurden in den Bauernfamilien 6,8 Kinder geboren, von denen die Hälfte, das sind 3,4, heirateten. War auch der Schwiegervater ein Bauer, so wurden sogar 7,6 Kinder geboren. In Markersbach starben in 83% der Unterschicht-Familien Vater oder Mutter oder beide, ehe die Mutter 45 Jahre alt war, d.h., die Kinder wurden Halbweisen oder Waisen, ehe sie selbst das Heiratsalter erreichten. Da die Verwandten dieser Kinder vielfach auch arm waren, hatten sie in Hungersnöten keine Unterstützung zu erwarten. Die frühen Todesfälle betrafen sowohl Männer als auch Frauen.

¹⁰ Clark, G.: A Farewell to Alms: A Brief Economic History of the World. Princeton University Press 2007

¹¹ Clark, G. and G. Hamilton; Survival of the richest. The Malthusian mechanism in pre-industrial England. Journal of Economic History 66 (2006) 707-736

Besonders auffällig sind die häufigen Arbeitsunfälle der Väter; sie verunglückten tödlich in den Hämmern und Schmieden, in den Bergwerken, unterwegs mit Fuhrwerken oder bei der Waldarbeit. Da wohlhabende Witwer eine weit größere Chance hatten, beim zweiten (oder wiederholten) Male eine viel jüngere Frau zu heiraten als arme Witwer, werden durch Wiederverheiratung die sozialen Unterschiede noch verschärft.¹²

Insbesondere in der Zeit der beginnenden und bewußten Geburtenkontrolle um 1850 bis 1900 schränken in vielen Gegenden die Bauern und generell die soziale Oberschicht - auch in den Städten, dort sogar lokal noch früher - die Geburten früher ein als die Unterschicht. Dadurch wurden soziale Unterschiede der Kinderzahlen, wie sie oft jahrhundertlang bestanden, in ihr Gegenteil verkehrt.¹³ Was bewegt Menschen, trotz ausgezeichneter wirtschaftlicher Verhältnisse, in denen sie leben, ihre Kinderzahl zu beschränken, auf nur zwei oder gar nur ein Kind, auch wenn es ihnen gar nicht schwerfiel, eine größere Kinderschar großzuziehen, so wie ihre ärmeren Nachbarn, mit denen sie derselben Generation angehören? Die Zukunftsorientierung der Kinderzahlen mündet in der Frage: Wie reagieren Paare, wenn sie zu der Meinung gelangen, daß weiterer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aufstieg immer schwerer wird, unmöglich ist oder ihren Kindern gar der Abstieg droht?

In allen Berufsgruppen der Ober- und Mittelschicht Englands halbierten sich die Kinderzahlen, wenn man das Jahrzehnt vor 1860 mit dem nach

¹² Weiss, V.: Zur Bevölkerungsgeschichte des Erzgebirges unter frühkapitalistischen Bedingungen vom 16. bis 18. Jahrhundert. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 61 (1981) Beilage V, S. 1-3

¹³ Einen umfassenden Überblick über Untersuchungen und Daten der Historischen Demographie für Mitteleuropa findet man in: Weiss, Volkmar und Katja Münchow: Ortsfamilienbücher mit Standort Leipzig in Deutscher Bücherei und Deutscher Zentralstelle für Genealogie. 2. Auflage. Neustadt/Aisch: Degener 1998, S. 74-176: Bearbeitete Fragen und Methoden bei der wissenschaftlichen Auswertung von Ortsfamilienbüchern und ihren Vorstufen. – Ebenso in: Weiss, V.: Local Population Studies in Central Europe: A Review of Historical Demography and Social History. KDP 2020

1880 vergleicht, also in der nächsten Generation. In diesem Jahrzehnt ab 1880 hatten Arbeiter, bei denen die Geburtenbeschränkung auch eingesetzt hatte, noch rund doppelt so viele Kinder pro Ehe. Sozialer Aufstieg und soziale Platzbehauptung der Nachkommen verlangte jedoch entsprechende Bildung, was bei sinkender Kindersterblichkeit immer mehr Paare veranlaßte, auf diese Karte zu setzen. Dabei wurde es immer kostspieliger, die Kinder standesgemäß auszubilden.¹⁴

Die höchsten Kinderzahlen haben in den Industrieländern noch lange Gruppen der Unterschicht, die keinen sozialen Abstieg zu fürchten haben, weil sie schon ganz unten sind. Insbesondere dann, wenn sie der Sozialstaat alimentiert.

Fassen wir zusammen: Paare begrenzen dann ihre Kinderzahlen, wenn sie befürchten, daß ihre Nachkommen den sozialen Status der Eltern nicht mehr halten können¹⁵, wenn sozialer Aufstieg unwahrscheinlich ist und Auswege durch Auswanderung oder Neulandbesiedlung ausfallen. Da Oberschichtplätze nun einmal seltener sind als die Plätze weiter unten, beginnt die Geburtenbeschränkung in der Oberschicht. Weniger die absolute Bevölkerungsdichte ist von Bedeutung, sondern die relative soziale Dichte. K. V. Müller hatte die Geburtenkontrolle auf Furcht vor *„dem spezifischen sozialen Elend eines Unterliegens im verschärften Sozialwettbewerb“* zurückgeführt. *„Das trifft sowohl die wirtschaftliche Führungsschicht im letzten Drittel des 19. Jh., die mit dieser Übung begann, wie die bedrängten Mittelschichten – Angestellte und qualifizierte Arbeiter –, die nach der Jahrhundertwende kinderarme Klassen werden, um ihre spezifischen sozialen Ziele sichern zu können“*.¹⁶

Da die Geburtenbeschränkung in den verschiedenen Sozialschichten zu verschiedenen Zeiten einsetzt, verschieben sich ihre zahlenmäßigen Gewichte. Als das um 1900 offensichtlich wurde, veranlaßte es Francis Galton (1822-1911), an Eugenik zu denken. Angesichts der geringen

¹⁴ Banks, J. A.: Victorian Values. Secularism and the Size of Families. London: Routledge and Kegan 1881

¹⁵ Abernethy, V. D.: A Darwinian account of the fertility opportunity hypothesis. Population and Environment 21 (1999) 119-148

¹⁶ Müller, K. V.: Bevölkerungslehre. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Geschichte. 6. Auflage. Erster Band. Freiburg: Herder 1957, 1222-1229

Kinderzahlen der Oberschicht sagte Galton ein Absinken des geistigen Leistungsniveaus vorher. Das Gegenteil war aber der Fall: Die verbesserten Lebensbedingungen und die bessere Schulbildung führten nach 1900 in allen Industrieländern zu einem deutlichen Anstieg der IQ-Testwerte, etwa im Mittel um 15 IQ-Punkte. Bei diesem Anstieg handelt es sich zwar um einen phänotypischen, nicht um einen genotypischen Anstieg; aber durch ihn erschienen der breiten Öffentlichkeit die Befürchtungen Galtons und seiner Anhänger als übertrieben und unglaubwürdig. Wie wir heute wissen macht sich der von Galton vorhergesagte Abfall der IQ-Werte in den phänotypischen, d. h. den wirklich getesteten Werten, erst zwei bis drei Generationen später bemerkbar, also bis zu einem Jahrhundert später.

In der DDR 1972: Die Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind

Der Traum von der Gleichheit, die Vorgeschichte¹⁷

Die Kommunisten, die 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands an die Macht kamen, gingen von der Annahme aus, alle sozialen Unterschiede beruhten auf sozialen Ursachen und nur darauf. Indem man diese Ursachen und zuallererst die Bildungsunterschiede abschafft, schaffe man auch die sozialen Unterschiede ab, so glaubten sie. *„Wenn die höheren Schichten von der höheren Bildung ausgeschlossen werden, so werden sie damit automatisch in die niederen Schichten überführt. ... Aber diese Tendenz kann sich auf die Dauer nicht durchsetzen, ohne die Macht der niederen Schichten zu schädigen und deshalb wird sie bei längerer Dauer ... nach der Revolution wieder ausgeschaltet“*, meinte die kommunistische Vordenkerin Mathilde Vaerting (1884-1977).¹⁸

In Anwendung dessen begann 1945 im Osten eine "gegenprivilegierende Bildungspolitik". Kinder, deren Eltern zur "werktätigen Intelligenz" gehörten, wurden diskriminiert (so würde man es heute ausdrücken), Arbeiter- und Bauernkinder hingegen besonders gefördert, zum Beispiel auch in "Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten", und das nicht ohne Erfolg. Da als Ergebnis dieser Politik bis 1961 - also bis zum Bau der Berliner Mauer - Ärzte und andere Hochqualifizierte in Scharen in den Westen wegliefen, versuchte man sie und ihre Familien durch "Einzelverträge", d.h. horrenden Sonderzahlungen und Privilegien, zu binden.

¹⁷ Dieser Gliederungspunkt ist geschrieben auf der Grundlage von: Weiss, Volkmar: Die Intelligenz und ihre Feinde: Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft. Graz: Ares 2012, Kapitel : Die DDR setzt zum „Großen Sprung“ an, S. 94 ff., und dem Kapitel: Das Ungewöhnliche an der Sozialstruktur der Ostblockstaaten 1989, S. 369ff.

¹⁸ Vaerting, M.: Die Macht der Massen in der Erziehung. Machtsoziologische Entwicklungsgesetze der Pädagogik. Berlin-Friedeanu: Pfeiffer 1929, S. 29

Der Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Karl-Heinz Günther (1926-2010), erinnert sich so an diese Zeit¹⁹:
„War es Verdienst der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, Bildungsprivilegien zu beseitigen, war damit zugleich der Mangel verbunden, daß mit der Bevorzugung ihrer Absolventen bei der Zulassung zum Studium und der Vergabe von Stipendien ein neues, gleichsam umgekehrtes Bildungsprivileg entstand, das Kinder von Intellektuellen, von Ärzten, Theologen, akademisch gebildeten Lehrern, von früheren mittleren und höheren Beamten, von Fabrikanten und Großbauern traf. ... War die Sortierung und Kategorisierung nach der sozialen Herkunft der Studenten Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre noch einigermaßen verständlich ..., so nahm sie späterhin groteske Formen an. ... Kinder von Funktionären, von Offizieren, junge Leute, die Offizier werden wollten – sie alle galten dann nach der Statistik als Arbeiterkinder. ... Aus der Beseitigung von Bildungsprivilegien entstanden Bildungsprivilegien, aus der Beseitigung von Unrecht entstand neues, anderes Unrecht.“

Zwischen der offiziellen marxistischen Ideologie, wie sie noch bis zum Ende der DDR dem Kleinen Mann gelehrt wurde und wozu er sich zu bekennen hatte und den wissenschaftlichen Erkenntnissen tat sich eine tiefe Kluft auf. *„Die Mitte der siebziger Jahre durchgeführten soziologischen Untersuchungen der Abteilung Bildungssoziologie hatten ergeben, dass nicht nur in den westlichen Industriestaaten soziale Ungleichheit über das Bildungswesen reproduziert wird, sondern auch das Schulwesen der DDR an der sozialen Schichtstabilisierung und Reproduktion sozialer Ungleichheit beteiligt ist. ... Die Untersuchungen wiesen wesentlich bessere Bildungschancen und Lernerfolge für die Kinder von Eltern mit einem hohen Bildungs- und Qualifikationsniveau und einer entsprechenden Arbeitstätigkeit nach als für Kinder von Eltern mit einer geringeren Schulbildung und Qualifikation und entsprechender Arbeitstätigkeit. Alles zusammengenommen sichert [das] den Kindern von Fach- und Hochschulkadern einen objektiv gegebenen Vorsprung für ihren Erfolg in der Schule und weit darüber hinaus im Vergleich zu*

¹⁹ Günther, K.-H.: Rückblick. Frankfurt/Main: Lang 2002, S. 198

Kindern von Facharbeitern und beiden Gruppen zusammen im Vergleich zu Kindern von Un- und Angelernten.“²⁰

In den Sechziger Jahren setzte in der DDR ein allmähliches, aber grundlegendes Umdenken ein. Denn in dieser Zeit wurden viele Kinder der neuen kommunistischen Machtelite selbst Hochschulstudenten und fielen auf einmal, da sie, trotz aller statistischen Kunstgriffe und definatorischen Verrenkungen bei hauptamtlichen Parteikadern doch nicht mehr als echte Arbeiter- und Bauernkinder gelten konnten, unter die eigenen diskriminierenden Bestimmungen. Schrittweise hob man deshalb alle Privilegien für Handarbeiter- und Bauernkinder auf. Man interessierte sich wieder für Begabungen und schloß nicht einmal mehr kategorisch aus, diese könnten auch einen genetischen Hintergrund haben.²¹ In Ost-Berlin konnte 1972 sogar ein Mann über die Vererbung der mathematisch-technischen Begabung promovieren²², der die Genehmigung für seine Forschung von Margot Honecker (1927-2016) höchstpersönlich erhalten hatte. Der Antrag war vom Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung, Prof. Dr. Klaus Korn (geb. 1930), mit der Bemerkung befürwortet worden: *„Vielleicht bekämen wir etwas in die Hand, womit wir den Dogmatikern entgegen treten könnten.“*

Als die offiziell linksorientierte Gesellschaft der DDR und des gesamten Sowjetblocks nach jahrzehntelanger Planwirtschaft und Gleichheitspolitik immer mehr ins wirtschaftliche Hintertreffen geriet, begann sie sich selbst zu hinterfragen. In der DDR entstand - nach dem Vorbild des Leistungssports, in dem die DDR sich ja zur Weltmacht entwickelt hatte -

²⁰ Malycha, A.: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970 bis 1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2008, S. 292ff.

²¹ Klaus, G.: Ungehobene Schätze. Erkenntnistheoretische Gesichtspunkte zur sogenannten Begabungstheorie. Sonntag (Ost-Berlin) Nr. 20, S. 4-5 und Nr. 32, S. 7-8 (1963)

²² Weiss, V.: Ergebnisse zur Genetik der mathematisch-technischen Begabung, erzielt mit soziologischer Methodik. Diss., Biowissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 1972. – Dazu: Hagemann, R.: Die Entwicklung der Genetik in der DDR (im Vergleich mit der Alt-BRD und West-Berlin). Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie 20 (2017) 119-144

im Bildungssystem eine durch ideologische Scheuklappen nur noch gering gebremste Leistungsgesellschaft mit zahlreichen Spezialklassen für Hoch- und Sonderbegabte und eine elitäre Hochschullandschaft. Den wirtschaftlichen Zusammenbruch konnte das nicht mehr aufhalten, ideologisch hatte er sich schon längst vollzogen.

Als 1973 die Mitarbeiter der Abteilung Soziologie der Akademie der Wissenschaften der DDR die riesigen Datenmengen ihrer Sozialstrukturuntersuchung mit mehr als hundert Variablen ordnete, gab es eine einzige Variable, deren Korrelationen überall und am stärksten durchschlugen. Alle Arbeitsplätze waren nach Expertenurteil hinsichtlich ihrer Schwierigkeit und Anforderungen auf Rangplätze gesetzt worden, und man nannte die Variable „Kompliziertheitsgrad der Arbeit“. Die höchsten Korrelationen bestanden mit dem Qualifikationsgrad und der Schulbildung, geringere mit der Ranghöhe der Dienststellung. Unter vier Augen oder im kleinen Kreis benannten wir²³ die Variable mit ihrem eigentlichen Namen: Es war der IQ. In unseren Forschungsberichten tauchte dieser Begriff aber niemals auf.

„Soziale Gleichheit, im Programm der SED als historisches Ziel der gesamten Entwicklung der Sozialstruktur definiert, ist ein ... Menschheitstraum. ... Die Voraussetzungen für eine neue Qualität sozialer Gleichheit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums können nicht durch einen vorschnellen Abbau des Leistungsprinzips geschaffen werden, sondern nur durch seine konsequente Durchsetzung. ... Erneut ist davon auszugehen, worin die entscheidende Aufgabe der achtziger Jahre besteht: in der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. ... Spitzenleistungen setzen nicht nur äußere Bedingungen voraus, sondern auch Begabung. ... So gehört es zu den gesicherten Erkenntnissen bildungssoziologischer Untersuchungen, daß Lernhaltungen und Lernleistungen von Schülern vor allem in Abhängigkeit vom Bildungsgrad der Eltern, dem letztlich Unterschiede im geistigen Niveau der Arbeit entsprechen, unterschiedlich sind. Damit ist die Wahrscheinlichkeit, daß (im genetischen Sinne) gleiche Begabungen

²³ Der Verfasser war von 1970 bis 1974 Mitarbeiter dieser Forschungsabteilung.

gefunden, gefördert und entwickelt werden, ungleich. ... Die zwingende Notwendigkeit wissenschaftlich-technischer Spitzenleistungen setzt voraus, daß Begabungen frühzeitig erkannt und entwickelt werden und daß für geistige Begabungen ein System der Früherkennung und systematischen Förderung, das nicht weniger effizient als jenes arbeitet, dem die sportlichen Leistungen [der Sport-Weltmacht DDR] zu verdanken sind“, so Manfred Lötsch (1936-1993).²⁴ Das wurde in einer Zeit geschrieben, als man in der DDR zum „Großen Sprung“ in der Förderung geistiger Begabungen ansetzen wollten, analog der gelungenen Förderung sportlicher Talente.²⁵

Als Lötsch das schrieb und sich bei den Soziologen im Westen umsah, was die zur Ungleichheit sagten, las und zitierte er: *„In seinem neuesten Beitrag zur Theorie sozialer Schichtung ... stellt Talcott Parsons (1970) die These auf, egalitäre Prinzipien seien in modernen Gesellschaften in einem solchen Grade institutionalisiert, daß sich die Beweislast ... umgekehrt habe. Habe man Ungleichheiten früher grundsätzlich anerkannt und Egalisierungen nur gefordert, um exzessive Privilegierungen und Unterprivilegierung abzubauen, so müsse nun jegliche Form sozialer Ungleichheit legitimiert werden. ... Die Institutionalisierung von größerer sozialer Gleichheit ist notwendig geworden, um die Zustimmung zur Gesellschaftsordnung sicherzustellen. ... Auch Zielsetzungen, die die Struktur und den Grad bestehender Ungleichheit erhalten oder gar vergrößern wollen, müssen in die Rhetorik von Gleichheitsforderungen verkleidet sein.“*²⁶

Nicht immer jedoch ziehen sich Verfallsvorgänge länger als die Dauer eines Menschenlebens hin. Lötsch bekam deswegen nach 1989 Gelegenheit, auch seine tieferen Einsichten zu veröffentlichen: *„Letzten Endes scheiterte das Gesellschaftsexperiment ‚Sozialismus‘ wegen seine Unfähigkeit zu wissenschaftlich-technischen und technologischen*

²⁴ Lötsch, M.: Sozialstruktur und Wirtschaftswachstum. Überlegungen zum Problem sozialer Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. *Wirtschaftswissenschaften* 29 (1981) 56-69

²⁵ In dieser Zeit konnte auch erscheinen: Weiss, V.: Psychogenetik. Humangenetik in Psychologie und Psychiatrie. Jena: Gustav Fischer 1982, das einzige seriöse Fachbuch zu dieser Thematik, das je in einem Ostblockland gedruckt worden ist

²⁶ Lötsch 1981, S. 58, fett hervorgehoben durch V. W.

Innovationen. ... Der eigentliche und verhängnisvollste Effekt bestand darin, daß ... die sozialen Träger wissenschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Innovationsprozesse ... an den Rand der gesellschaftlichen Wertehierarchie gedrängt wurden. ... Der Grundprozeß der Intelligenzentwicklung wurde als ‚Annäherung an die Arbeiterklasse‘ definiert, ... [was] letztlich zu einer Aufhebung der sozialen und kulturellen Eigenheiten der Intelligenz führen müsse. ... Was sich aus heutiger Sicht so augenscheinlich als blanker Unfug darstellt, stützte sich ... darauf, daß [alle] auf dem Wege zur ‚sozialen Gleichheit‘ wären.“²⁷

Warum haben wir das ausführlich dargestellt und zitiert: Wenn heute der Redenschreiber/die Redenschreiberin eine Bundeskanzlerin sagen läßt: „Wir müssen es schaffen, dass der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildung aufgebrochen wird“²⁸, und das alle Zeitungen drucken, was ist das nun: Nur unumgängliches Soziologenchinesisch oder christsoziale Gleichheitsrhetorik (siehe das fettgedruckte Zitat oben) oder ein Zugeständnis an den Zeitgeist, das von der Mehrheit Ernst genommen und eingefordert wird? Oder für das Wahlvolk nur das Links-Blinken vor dem Rechts-Fahren?

Der Zusammenhang war noch nie aufgebrochen und wird in realen Gesellschaften nie aufgebrochen werden. Und weil sein Bestehen der überzeugendste Grund ist, der für ein Elterngeld-ZUKUNFT spricht, muß solcher Rede widersprochen werden, ob sie nun von einem/einer Bundeskanzler/in, dem Papst oder einem Ersten Parteisekretär gehalten wird.

Wenn man davon ausginge, daß für den stets nachgewiesenen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg auch genetische Faktoren eine Rolle spielen, dann könnte man deren Anteil messen und dann berechnen, welcher Varianzanteil darüber hinaus auf sozialer Tradierung beruht. Tradierung gibt es ja zweifellos, und sie sollte im

²⁷ Löttsch, M.: Intelligenzproblematik in der DDR. In: Fischer-Rosenthal, W. und P. Alheit (Hrsg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte. Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 177-188

²⁸ Merkel, A.: Keine einzige Begabung verschenken. Rede am 19.4.2010 in der Schloßkirche Wittenberg anlässlich des 450. Todestages des Reformators Philipp Melanchthon. REGIERUNGOnline..

Interesse einer mobilen und offenen Leistungsgesellschaft nicht den sozialen Auf- und Abstieg erschweren oder gar verhindern. Manche Forscher sprechen von primären und sekundären Herkunftseffekten, die man unterscheiden sollte.²⁹ Aber wenn es für Soziologen genetische Ursachen per Definition gar nicht geben darf, dann bleibt nur das ewige Ritual – als Echo in den Massenmedien stets wiederholt nach der Veröffentlichung der jeweils allerletzten PISA-Ergebnisse – man sei dem Ideal der sozial gleichen Herkunft der Begabten und Studenten nicht näher gekommen, in Deutschland schon gar nicht.

Die Auswirkungen³⁰ der Anordnung

„In den 50er und 60er Jahren waren in der DDR Studenten mit Kind ... die absolute Ausnahme. Heiraten und Elternschaft im Studium waren verpönt. Das Studium wurde als gesellschaftlicher Auftrag aufgefaßt, die Familiengründung vor dem Studium oder während des Studiums als private Ablenkung davon. ... Zwar war inzwischen mindestens die Hälfte der Studienanfänger weiblich, und gelegentlich wurde auch geheiratet. ... Aber ‚kinderlos‘ blieb das Los der Studenten.“³¹

Wenn in den Fünfziger und Sechziger Jahren (bis 1972) Studenten bereits eine Familie gründeten, waren die Lebensumstände in aller Regel erbärmlich, was verfügbares Geld und Wohnverhältnisse anbetraf. Es waren davon betroffene soziale Aufsteiger aus einfacher Herkunft und einfachen Verhältnissen, relativ junge Personen, die dann um 1970 in einflußreiche politische und wissenschaftliche Positionen gelangten und mit Erfolg auf Änderungen drängten, so z. B. auf ein großangelegtes

²⁹ Müller-Benedict, V.: Intendierte und nicht-intendierte Folgen von Bildungspolitik – eine Simulationsstudie über die sozialstrukturellen Grenzen politischer Einflußnahme. In: Becker, R. und W. Lauterbach (Hrsg.): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S. 393-427

³⁰ Dieser Gliederungspunkt folgt im wesentlichen: Weiss, Volkmar: Die Intelligenz und ihre Feinde: Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft. Graz: Ares 2012, Kapitel : Studenten mit Kindern sollten eine Selbstverständlichkeit sein, S. 378-387. Dieses Kapitel in dem Buch stützt sich wiederum sehr stark auf: Starke, K.: Kinderwagen im Seminargebäude: Die Förderung der Studentin mit Kind in der DDR. In: Cornelißen, W. und K. Fox (Hrsg.): Studieren mit Kind: Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 79-91

³¹ Starke, K.: 2007, hier S. 79

Wohnungsbauprogramm. Ein Netzwerk von Personen³², die sich über die Zusammenhänge des Bildungsniveaus aufeinanderfolgender Generationen und ihre Lebensbedingungen ernsthafte Gedanken machten, begann die Sozial- und Studentenpolitik der DDR mit neuen Ansätzen zu prägen.

Aus einer Tabelle lassen sich die Ergebnisse der 1972 begonnenen Förderung der Studentenkinder in der DDR ablesen, noch dazu im Vergleich mit der alten Bundesrepublik Deutschland.

Kinderlose Frauen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren
in Deutschland - Stand 1994 (in %)

Beruflicher Bildungsabschluß der Frau	Alte	Neue	
		Bundesländer	er
ungelernt	15,0	11,4	
angelernt	21,0	12,7	
Lehre/Facharbeiter	20,1	5,7	
Meister	20,4	6,3	
Fachschule	31,0	5,0	
Hochschule	37,2	7,9	

Quelle: Dorbritz und Schwarz 1996, S. 244, Tab. 11³³

Diese Tabelle beweist: Die DDR war zwischen 1972 und 1990 der

³² Bisher gibt es dazu noch keine Studie, die sich insbesondere auf die Akten des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR stützen müßte. Nach Zeitzeugen (mündlich gegenüber dem Verfasser) setzte sich der damalige DDR-Minister Hans-Joachim Böhme (1931-1995) ganz besonders für das Zustandekommen der 1972-er Anordnung ein.

³³ Dorbritz, J. und K. Schwarz: Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 21 (1996) 231-261

einzigem Staat der Neuzeit gewesen, in dem es gelungen war, eine außerordentlich erfolgreiche qualitative Bevölkerungspolitik durchzusetzen. Von der Geburtskohorte 1950-1959 hatten hingegen 2005 in den alten Bundesländern Frauen mit Hochschulabschluß im Durchschnitt 1,38 Kinder, ohne beruflichen Abschluß 2,32 Kinder.³⁴ Frauen dieser Kohorte mit Hochschulabschluß haben häufig kein Kind oder aber zwei und mehr Kinder, während die Ein-Kind-Familie eine vergleichsweise geringe Rolle spielt. Bei den nachfolgenden Geburtsjahrgängen 1964-1968 hatten laut Mikrozensus 2008 Frauen in den alten Bundesländern mit Fachschul- oder Hochschulreife (also nicht ein abgeschlossenes Studium als Kriterium) 1,31 Kinder, wobei 30,9% kinderlos waren. Die Frauen ohne Abschluß einer allgemeinbildenden Schule hatten 2,06 Kinder, wobei 18,2% kinderlos geblieben waren. „Für die neuen Bundesländer konnten solche Unterschiede nicht aufgefunden werden.“³⁵ In dem Jahrzehnt vor 1990 wuchs in der DDR eine neue Generation heran, die sich in ihrem mittleren IQ mit Ostasien messen konnte. Aus den Daten läßt sich schätzen, daß in der alten Bundesrepublik der IQ der von 1980 bis 1989 geborenen Kinder bei einem genotypischen Wert um 95 lag, in der DDR bei IQ 102. Die Früchte dieser Politik wurden nach 1990 von der alten Bundesrepublik Deutschland geerntet.

Kurt Starke³⁶, der als Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig mit seinen Forschungsergebnissen in maßgeblicher Weise die Studenten- und Familienpolitik beeinflusst hat, zog am Ende der DDR diese Bilanz³⁷: „Zu einer bedeutsamen Größe wuchs in den vergangenen 15 Jahren der Anteil der Studenten, die bereits während des Studiums eine Familie gründen und beginnen, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Zwei Drittel der Männer und Frauen äußern

³⁴ Huinink, J. und D. Konietzka: Familiensoziologie. Frankfurt/Main: Campus 2007, S. 175.

³⁵ Dorbritz, J. und N. F. Schneider: Familiendemografische Trends in Deutschland. Herausforderungen für zukünftiges politisches Handeln. In: Hüther, M. und G. Naegele (Hsg.): Demografiepolitik: Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS 2013, .S. 142-163, hier S. 154

³⁶ [https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Starke_\(Sexualwissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Starke_(Sexualwissenschaftler))

³⁷ Starke, K.: Leistungsentwicklung im Studium. Bedingungen und Faktoren hoher Studienleistungen. Forschungsbericht, Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung 1989

sowohl am Anfang als am Ende des Studiums einen Zwei-Kinder-Wunsch, 18% der Absolventen möchten einmal drei Kinder und 11% nur ein Kind. ... Während bereits 7% der Studienanfänger verheiratet sind (doppelt so viele männliche wie weibliche), ist am Studienende jeder zweite Absolvent bzw. Absolventin verheiratet. 17% sind noch ohne Partner, die restlichen Absolventen tragen sich mit Heiratsabsichten oder leben überwiegend in eheähnlichen Verhältnissen. Insgesamt möchten rund 80% der Absolventen (männliche wie weibliche) einmal verheiratet sein. Besonders stark angewachsen ist der Teil jener Studenten, die während des Studiums bereits Vater bzw. Mutter werden. ... Die enorme Zunahme der Studenten-Eltern steht im Einklang mit dem hohen Stellenwert, den Kinder in der Lebenswertehierarchie einnehmen. 38% der studierenden Mütter oder Väter sind ebenfalls mit einem Studenten oder einer Studentin verheiratet. Obwohl Schwierigkeiten der verschiedensten Art im Alltag der studierenden Mütter nicht ausbleiben, bestätigen 94% von ihnen eine überwiegend gute Vereinbarkeit von Mutterschaft und Studium. 96% würden - noch einmal vor die Frage gestellt - wieder mit Kind studieren. Dabei leben 81% der studierenden Mütter mit ihrem Kind zusammen. ... Die Leistungsunterschiede zwischen Studentinnen mit und ohne Kind sind nicht so gravierend, als daß es einen Grund gäbe, in Zukunft studierende Mütter abzulehnen. Die Studentenehe und die Elternschaft sind in einem historisch kurzen Zeitraum Alltag im Studium geworden.“

Starke hat sich dazu 2007 rückblickend noch einmal in zusammenfassender Weise geäußert. Wir stützen uns im folgenden auf ihn (ohne dabei jeden der teilweise gekürzten oder umgestellten Absätze im folgenden als wörtliches Zitat zu kennzeichnen), denn die weltweite Einzigartigkeit dieser erfolgreichen Politik verdient an dieser Stelle eine genauere Dokumentation.

Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR hatte im Gesetzblatt am 10. Mai 1972 eine „Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind und werdenden Müttern, die sich im Studium befinden, an den Hoch- und Fachschulen“ erlassen. Zuvor war der Schwangerschaftsabbruch (mit Fristenregelung) durch das „Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung“ vom 9. März 1972 legalisiert worden.

Das trug stark zum Fallen der Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene je 1000 der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) von 84 im Jahre 1965 auf 52 im Jahre 1973 bei. Besonders wenige Kinder wurden in der sozialen Schicht Intelligenz geboren. Die inzwischen zahlreichen Hochschulabsolventinnen bekamen nicht nur später, sondern auch seltener Kinder als andere. Von den Absolventenjahrgängen um 1972 hatten fünf Jahre nach Studienende ein Fünftel der Frauen noch kein Kind, und nur ein Drittel zwei. Mit 1,2 Kindern pro Absolventin lagen diese etwa 28jährigen weit unter dem DDR-Durchschnitt. Die Geburtenpolitik galt von nun an als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, was aber noch nicht die besondere Sorge um die Studenten erklärt.

Die Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind galt ab 1. Juli 1972 für alle Universitäten, Hoch- und Fachschulen. Sie hatte Auswirkungen auf andere Verordnungen und Maßnahmen und wurde durch weitere Regelungen ergänzt. Das trifft insbesondere auf die Stipendienregelungen zu und auf die Wohnheimordnungen der einzelnen Universitäten, Hoch- und Fachschulen seit 1973.

Bei den Maßnahmen lag die Betonung auf der Förderung der Studentin mit Kind. Letztlich ging es aber auch um männliche Studenten mit Kind, um Studentenehepaare und Studentenfamilien. Im Einzelnen ging es bei der 1972 eingeleiteten Förderung um das Folgende:

1. Geldzuwendungen: Studenten (weibliche und männliche) erhielten zusätzlich zum monatlichen Grundstipendium für jedes Kind, für das sie erziehungsberechtigt waren, 50 Mark, ab 1985 60 Mark monatlich (das Paar zusammen also 120 Mark). Sofern eine Unterbringung des Kindes in einer Kinderkrippe nicht möglich war, erhielten Studentinnen im Direktstudium (und auch im Forschungsstudium, in dem nach dem formalen Studienabschluß eine Dissertation anzufertigen war) monatlich: mit einem Kind 125 Mark, mit zwei Kindern 150 Mark, mit drei und mehr Kindern 175 Mark.

Studenten in besonderen sozialen Verhältnissen konnten eine Erhöhungssumme von 50 Mark monatlich beantragen. Studentinnen und Studentenehepaare mit Kind konnten bevorzugt zusätzliche Beihilfen aus dem Studentenfonds der Hochschulen erhalten. Zugleich bestand ein Anspruch auf die an alle ausgezahlte staatliche Geburtenbeihilfe (einmalig 1000 Mark für jedes Kind) und das staatliche Kindergeld. Das Kindergeld betrug für das 1. und 2. Kind 20 Mark monatlich, für das dritte und jedes weitere Kind 100 Mark. Ab

1987 erhöhte es sich auf 50 Mark für das erste, 100 Mark für das zweite und 150 Mark für jedes weitere Kind.

Das Stipendium wurde in voller Höhe weitergezahlt, wenn die Studentin nach dem Wochenurlaub freigestellt wurde (z. B. ein Babyjahr nahm) oder durch eigene Krankheit oder durch Krankheit des Kindes ausfiel. Werktätige Ehemänner und Ehefrauen, die sich zur Betreuung des Kindes von der Arbeit freistellen ließen, erhielten die gleiche finanzielle Unterstützung wie alleinstehende Werktätige; bei betreuenden Eltern der Studenten und Großeltern war es ähnlich.

Das Grundstipendium betrug in jener Zeit einheitlich ab 1981 200 Mark (in Berlin 215 Mark). Dieses Grundstipendium erhielten alle Studierenden an Hoch- wie an Fachschulen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Bei 40% der Studierenden kam noch ein Leistungsstipendium in Höhe von zumeist 40 oder 80 Mark monatlich hinzu.

Das monatliche Durchschnittseinkommen eines Studenten lag in den Achtziger Jahren bei etwa 350-450 Mark, bei alleinstehenden Studenten mit Kind und bei verheirateten durch die besonderen finanziellen Zuwendungen höher (über 450-550 Mark). Studentenfamilien kamen zusammen auf knapp 800 Mark. Das war nicht viel, aber es reichte für die staatlich subventionierte Miete im Wohnheim (10 bis 30 Mark im Monat), für die Mensa (Mittagessen 65 Pfennige), für Kinderkrippe und Kindergarten, die nichts außer maximal 1,40 Mark bzw. 35 Pfennige Eßgeld pro Anwesenheitstag kosteten, für Bücher und die Nutzung von Bibliotheken, für das Fahrgeld, für Eintrittskarten aller Art, was insgesamt wenig kostete und für Studenten noch verbilligt war.

Studentenfamilien mit 800 Mark waren keine Menschen zweiter Klasse, sondern man konnte damit leben.

2. Wohnen: Die meisten Studenten, etwa drei Viertel, wohnten im Studentenwohnheim. Studentinnen mit Kind waren bevorzugt im Wohnheim unterzubringen. In vielen Wohnheimen wurden Sonderwohneinheiten für Studentenehepaare mit Kind eingerichtet, die ein Kinderzimmer nebst Kinderbett und Wickelkommode sowie eine kleine Küche und spezielle Sanitäreinrichtungen enthielten. Auch für Alleinerziehende und Studentinnen, deren Partner nicht am Hochschulort lebte, wurden besondere Räumlichkeiten eingerichtet, meist für jeweils zwei Studentinnen mit Kind. In den Achtziger Jahren und in höheren Semestern lebten Studenten mit eigenen Kindern zunehmend nicht mehr im Wohnheim, sondern in einer eigenen Wohnung.

3. Unterbringung der Kinder: Die staatlichen Maßnahmen waren einerseits darauf gerichtet, den studierenden Müttern und Vätern kindergünstige Wohnmöglichkeiten zu verschaffen, im Studentenwohnheimen oder in eigenen Wohnungen. Andererseits waren mit den bereits bestehenden Kindereinrichtungen Vereinbarungen über die Aufnahme von Studentenkinder zu treffen. Schließlich galt es, das Angebot an Kinderkrippen- und Kindergärtenplätzen zu verbessern. Dies geschah auch. Die allermeisten Studentenkinder besuchten Kinderkrippen oder Kindergärten, größtenteils in hochschuleigenen Einrichtungen. Insgesamt war der Anteil mütterlicher

Betreuung höher als der väterlicher. Bei allem ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den Studentenkindern selten um Kindergartenkinder und fast nie um Schulkinder handelte. Studieren mit Kind, das hieß Studieren mit Baby und Kleinkind.

4. Studienförderung: Die Leitungen der Hoch- und Fachschulen waren verpflichtet, mit Müttern und werdenden Müttern eine Fördervereinbarung abzuschließen, wenn diese es wollten. Das nutzten etwa zwei Drittel von ihnen, darunter häufig leistungsschwächere. In den Fördervereinbarungen ging es um Aufholung unvermeidbarer Studienausfälle, Verlegung von Prüfungen und Prüfungsvorbereitungen und sonstige Maßnahmen zum Schutze von Mutter und Kind. In den Achtziger Jahren wurden im Zuge der personenbezogenen Förderung von Studenten auch Sonderstudienpläne für Studenten mit Kind vereinbart. Die Hoch- und Fachschuleinrichtungen hatten Sorge dafür zu tragen, „daß die speziellen persönlichen Probleme der Studentinnen mit Kind bzw. der werdenden Mütter, die sich im Studium befinden, bei der Durchführung der Ausbildung beachtet werden“ (Anordnung vom 10. Mai 1972).

Die Förderung der Studentin mit Kind wurde sehr weit gefaßt. Es ging um eine „besondere Unterstützung“, darum, günstige „Arbeits- und Lebensbedingungen der Studentinnen mit Kind bzw. von Studentenehepaaren mit Kind“ zu schaffen. Das richtete sich nicht nur auf „Wohn- und Studienbedingungen und Plätze für die Unterbringung und Betreuung der Kinder“, sondern auch auf „Dienstleistungen“, „regelmäßige Gesundheitsbetreuung der Studentinnen mit Kind“ und anderes. Das persönliche Wohl der Mütter und Väter und ihrer Kinder sollte im Auge behalten werden, und das wurde auch politisch begründet. In §4 der genannten Anordnung hieß es fast drohend, bei jedweden Problemen der Studentin mit Kind sei davon auszugehen, „daß sowohl die Geburtenförderung als auch der planmäßige Studienabschluss ein gesellschaftliches Anliegen ist“.

5. Paare, auch nicht verheiratete, wurden bevorzugt am gleichen Arbeitsort eingesetzt. Vor allem wenn sie Kinder hatten, kam man ihren Wünschen entgegen. Das traf auch auf ledige bzw. alleinerziehende Mütter (und Väter) und auf Schwangere zu. Als Mütter oder werdende Mütter, verheiratet oder ledig, genossen die Absolventinnen die betrieblichen und gesellschaftlichen Vorteile der Förderung der Frau und der Familie.

Ganz eindeutig richteten sich die Gesetzesregelungen auf die Vereinbarkeit von Studium und Mutterschaft, also auf Frauen und nicht auf Männer. Dabei war von Anfang an völlig klar, Kinderkriegen im Studium konnte nur dann eine Normalität werden, wenn sich das gesamte Umfeld darauf einstellte: die Mitstudenten, die in Vorlesungen für die Mütter mitschrieben oder Literatur besorgten oder gelegentlich die Betreuung der Kleinkinder übernahmen; die Lehrkräfte, die Geduld mit den jungen Muttis haben mußten und auch mit den Vätern, die es heim zu

Frau und Kind zog; die studentische Subkultur, die nicht auf Endlosfeten mit Studentenern setzen konnte; die Parteien und Massenorganisationen, die sich daran gewöhnen mußten, daß während der Sitzung ein Baby weinte oder ein junger Vater die Versammlung vorzeitig verlassen mußte, um das Kind aus der Krippe zu holen; die örtlichen Verwaltungen, die den Bau von Kindereinrichtungen einplanen mußten; die Praktikumsbetriebe, die Studentenmütter kaum im Schichtdienst einsetzen konnten; später die Einsatzbetriebe, die Mütter und Väter einstellten; und nicht zuletzt die Elternhäuser, auf die zusätzliche Belastungen zukamen. Dies alles setzte nicht einfach eine Toleranz gegenüber den jungen Müttern und Vätern im Studium und nach dem Studium, sondern eine aktive Mithilfe und Unterstützung voraus.

Die Fördermaßnahmen fanden bei den Studenten großen Anklang. Viele Hochschullehrer waren dagegen skeptisch, wenigstens am Anfang. Sie befürchteten eine Störung der gewohnten Ordnung, ein neues Durcheinander im Studium und vor allem eine Senkung des Leistungsniveaus. Die Studenten selbst, die weiblichen noch deutlicher als die männlichen, waren fast durchweg positiv zu Geburten während des Studiums eingestellt. Nur wenige lehnten das ganz und gar ab. Zugleich sprachen sie sich überwiegend dafür aus, im Falle einer Mutterschaft das Studium in der vorgesehenen Zeit abzuschließen oder höchstens ein Jahr zu unterbrechen. Auch das wollten Studentinnen ausgeprägter als ihre männlichen Kommilitonen. Das Studium für mehrere Jahre zu unterbrechen oder ganz abzubrechen wurde von beiden Geschlechtern abgelehnt; und tatsächlich brachen nur ganz wenige Studentinnen wegen Schwangerschaft oder Unvereinbarkeit von Studium und Mutterschaft ihr Studium ab.

Nach 1972 wurde Elternschaft während des Studiums immer häufiger, nicht aber vor Beginn des Studiums. Nur sehr selten kamen Frauen bereits als Mütter oder Schwangere zum Studium. Frauen begannen sehr jung ihr Hochschulstudium, oftmals gleich nach der 12. Klasse und dem Abitur, also mit gerade 18 Jahren. Selbst wenn ein Vorpraktikum vorgeschaltet war oder der Studienbeginn sich anderweitig verzögerte, waren die weiblichen Studierenden jung. Das Studium dauerte im

allgemeinen 4 Jahre, in einigen Fachrichtungen auch 4 1/2 und 5 Jahre, in der Medizin einschließlich eines klinischen Praktikums 6 Jahre. Die meisten Hochschulabsolventinnen waren also bei Studienabschluss noch keine 25 Jahre alt.

1969 hatten Ende des 3. Studienjahres an einer großen Universität wie der Leipziger 3% der Studentinnen Kinder. Von den Absolventen des Jahrganges 1974 hatten an Universitäten und Hochschulen der DDR bereits 20% der Studentinnen Kinder. 1986/87 hatten 33% (31% 1 Kind, 2% 2 Kinder) der weiblichen 3 und 43% (32% 1 Kind, 10% 2 Kinder) der männlichen Hochschulstudenten Kinder zu versorgen, 2% bzw. 10% sogar zwei. Weitere 14% der Studentinnen waren am Ende des Studiums schwanger. Obwohl Schwierigkeiten aller Art im Alltag der studierenden Mütter (und Väter) nicht ausgeblieben waren, bestätigten 94% von ihnen eine überwiegend gute Vereinbarkeit von Mutterschaft und Studium. 96% hätten, vor die Wahl gestellt, wieder mit Kind studiert. 81% der studierenden Mütter lebten während des Studiums mit ihrem Kind zusammen, oft im Wohnheim gemeinsam mit dem Partner. In höheren Studienjahren hatten Studentinnen mit Kind auch eine eigene Wohnung, bei Studienende waren das 40% gegenüber 18% der kinderlosen.

Elternschaft war in einem sehr kurzen Zeitraum Alltag im Studium geworden. Der Hauptbezug bestand nicht mehr zur Herkunftsfamilie, sondern zur eigenen Familie vor Ort. Das war bedeutsam für das Studium selbst und hatte Auswirkungen auf den gesamten Lebenslauf. Zugleich veränderte es den Generationenabstand. Die Kinder dieser Studenten hatten vergleichsweise junge Eltern und Großeltern. Die Studentenelementen hatten die Chance, selbst relativ jung Enkel zu haben, noch im Alter unter 50 Jahren. Nimmt man heute (Stand 2006) 50-55jährige, dann sind 95% von ihnen Mütter, meist von zwei Kindern, während ihre studierten Altersgenossen in den alten Bundesländern zu einem großen Teil kinderlos geblieben sind. Mit Blick auf die Kinder von Studentenelementen war es bedeutsam, daß beide Elternteile nicht nur jung, sondern auch hochqualifiziert (und natürlich berufstätig) waren. Das beeinflusste die Familienatmosphäre nachhaltig. Insbesondere die erhebliche Zunahme von Familien mit hochqualifizierten, berufstätigen Müttern trug zu dem DDR-typischen Familientyp bei der jungen Intelligenz bei.

„Die Frage ist ja eigentlich nicht, warum Frauen während des Studiums Kinder kriegen, sondern warum sie keine kriegen. Das derzeit gängige Reproduktionsmuster – insbesondere akademisch gebildete Frauen werden erst in höherem Lebensalter oder gar nicht Mutter – ist nicht einfach in Ordnung“, weil es die Norm ist, „sondern nur scheinbar alternativlos“, meint Starke.

„Studieren mit Kind“ ergab sich nach dem 2. Weltkrieg im Grunde erst durch den massenhaften Zustrom von Frauen in die höchsten Bildungsstätten. Die Zahl weiblicher Studienbewerber übertraf rasch die männlicher. Der Anteil von Studentinnen pendelte sich in der DDR schließlich bei 54% an den Hoch- und knapp bei 80%-90% an den Fachschulen ein. Daß ein Mann erst einige Zeit nach Abschluss des Studiums eine Familie gründete – mit einer jüngeren und weniger qualifizierten Frau – entfiel schnell, und für eine Frau ging eine solche Lebensplanung sowieso nicht – eben weil die Frau im Durchschnitt gleich gebildet, gleich berufstätig und auch gleichaltrig war und mit dem Kinderkriegen nicht ewig warten wollte. Die meisten Studentinnen hielten ein Lebensalter von 20-23 Jahren für das ideale Erstgebäralter. War die wachsende Zahl und der wachsende Anteil der Frauen bei den Studenten an Hoch- und Fachschulen schon ein bedeutsames Geschehen, so kann man die Mutterschaft während des Studiums vielleicht als ein noch viel größeres Ereignis betrachten.

Es ist erstaunlich, daß die Mehrzahl der studierenden Mütter und Väter hohe Studienleistungen (darunter auch überdurchschnittlich hohe) erbrachte und beeindruckend systematisch, zeitökonomisch und geschickt studierte. Es ist damit bewiesen worden, daß ein Studium mit Kind möglich ist – vorausgesetzt, es sind bestimmte Bedingungen gegeben. Die Bedenken, daß Mutterschaft (und Vaterschaft) zu einer Senkung des Leistungsniveaus im Studium führt, waren nicht gerechtfertigt. Studenten mit Kind studierten oft sogar besonders zielbewußt, ergebnisorientiert und erfolgreich und waren familienerfahrene, selbstbewußte und leistungsstarke Absolventen.

1989/90 brachte auch für die Menschen in der DDR die ersehnte Demokratie und Freiheit. Das ging mit dem Fall der Geburtenrate 1991 auf 1990 (um 40%) und 1992 auf 1991 (um 19%) einher. Dieser Absturz war in den neuen Bundesländern bei Studenten noch stärker als bei anderen, nahezu total. Die Studentin mit Kind verschwand wieder von der akademischen Bildfläche. Die Kinderwagen in den Seminargebäuden, an die man sich lange gewöhnt hatte, waren plötzlich weg, vom Winde des gesellschaftlichen Wandels verweht.

„Das Studieren mit Kind gehört zu den eigenartigsten Phänomenen der deutschen Hochschulgeschichte. Ob es eine Fußnote bleibt, ... ist noch nicht entschieden. Es müsste sich viel ändern, nicht nur an den Hohen Schulen, sondern in der gesamten Gesellschaft und ihrer reproduktiven Kultur“, meint Starke abschließend.³⁸

³⁸ Starke, K.: 2007, S. 90

In Deutschland 2007: Das Elterngeldgesetz

Die Ausgangslage

An einem zu einfältigen Nachwuchs ist die DDR nicht zugrunde gegangen. Im Gegenteil, die Wiedervereinigung bescherte der alten Bundesrepublik einen Zustrom aufgeweckter junger Leute. **In einer jeden Generation sind die Mehrzahl der Hochbegabten nicht Kinder von Akademikern, sondern Aufsteiger aus der Mittelschicht.** Das zeigt eine einfache Rechnung und Überlegung: Die Ehen (oder Partnerschaften ohne Trauschein) von Hochbegabten miteinander sind nur eine sehr geringe Zahl aller Ehen. **Viel größer ist die Zahl der Partnerschaften, bei denen ein Partner eine sehr hohe geistige Leistungsfähigkeit aufweist - ob Frau oder Mann, beide Partner haben für die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder jeweils den gleichen Anteil – der andere Partner aber eine eher mittlere Leistungsfähigkeit oder beide eine mittlere.** Aus solchen Ehen entstammt die Mehrzahl der Begabten und Hochbegabten, die in jeder Generation in ausreichender Zahl geboren werden müssen und dann ausgebildet, weil sich ohne sie keine entwickelte Volkswirtschaft im Wettbewerb behaupten kann.

Es ist ja nicht so, daß die Studentinnen und Hochschulabsolventinnen in der DDR Kinder wollten, in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern aber nicht wollen. Nein, es ist die Furcht, nach Abschluß des Studiums auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance zu haben, die in der Freien Welt die Kinder verhütet. Wenn es zu Änderungen kommen soll, dann nur dadurch, daß sich die Wettbewerbssituation für die Mütter im Arbeitsleben grundlegend verbessert. In einer freien Wirtschaft, in der ein Arbeitgeber, der eine Mutter von kleinen Kindern beschäftigt, die Risiken, z. B. durch erhöhte Ausfallzeiten bei Krankheit der Kinder und geringere Disponibilität der Frau, voll zu tragen hat, entsteht - allen Beteuerungen zum Trotz – ein kinderunfreundliches Klima. **Würden die Risiken des Arbeitgebers bei der Beschäftigung von Müttern kompensiert und überkompensiert, in Deutschland wäre das z. B.**

durch eine starke Verringerung des Arbeitgeberanteils bei den Lohnnebenkosten möglich, sollte sich auch in einer freien Wirtschaft das kinderunfreundliche Klima mildern lassen. Der Vorschlag wurde schon früher gemacht.³⁹ Er scheint aber derart abseits der eingefahrenen Gleise zu liegen, so daß ihn Abgeordnete politischer Parteien bisher noch nicht aufgegriffen haben.

Alle Rentenleistungen werden im Grunde genommen von den Kindern aufgebracht, und die Rentenversicherung sollte ihre Leistungen so gestalten, daß sie von den Einnahmen getragen werden, so wie es das Ziel der ursprünglichen Schreiberschen Doppelreformvorschläge⁴⁰ gewesen ist. Wer zwei gesunde leibliche Kinder großzieht oder großgezogen hat, brauchte deshalb für diese „Versicherung“ - um in den üblichen Begriffen zu bleiben - nur wenig zu bezahlen. Wer nur ein Kind hat, sollte die reichliche Hälfte aller voraussichtlichen Leistungen - bei Frauen etwa beginnend ab dem 30. Lebensjahr - ansparen, wer keine Kinder hat, sollte den voraussichtlichen Gesamtbetrag ansparen. Die Belastungen sollten bereits im frühen Lebensalter in voller Höhe (oder sich in wenigen Jahren auf die volle Höhe steigernd) einsetzen und nach Qualifikation gestaffelt bzw. prozentual vom Einkommen sein, so daß sich jeder gesunde junge Mann und jede junge Frau schon mit 20 Jahren ausrechnen kann, welche zusätzlichen Versicherungszahlungen auf ihn zukommen, wenn er keine Familie gründet. Das Gründen einer Familie sollte so die wirtschaftlichere Verhaltensweise werden, und für die Dreißig- und Vierzigjährigen und insbesondere für die Besserverdienenden sollte ein echter und starker wirtschaftlicher Anreiz geschaffen werden, sich ein weiteres Kind anzuschaffen, wenn die Kinderzahl nicht schon drei oder vier beträgt. Diese Anreize für Familien mit mehreren Kinder könnten sich aus den Versicherungsleistungen der Kinderlosen und Ein-Kind-Eltern selbst finanzieren. Daß die Altersrente sich auch mit danach richten könnte, wieviel die leiblichen Kinder in die Rentenkasse einzahlen, ist dabei ein

³⁹ Weiss, V.: Die IQ-Falle: Intelligenz, Sozialstruktur und Politik. Graz: Leopold Stocker 2000, S. 248

⁴⁰ Schreiber, W.: Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Vorschläge des Bundes Katholischer Unternehmer zur Reform der Sozialversicherungen. Köln: J. V. Bachem 1955 (= Schriftenreihe des Bundes Katholischer Unternehmer 3)

Gedanke, der überhaupt noch nicht in der Sozialpolitik angekommen ist.

Reagiert die jüngere Generation nicht völlig normal und richtig auf sich verengende Spielräume, wenn sie die Zahl der Kinder beschränkt? Da diese Entwicklung in allen europäischen Ländern stattfindet und die Uhren nur wenig gegeneinander verstellt sind und weil auch überseeische Industriestaaten in Ostasien früher oder später in eine ähnliche Lage geraten, unabhängig davon, ob die Länder jetzt oder seit Jahrzehnten von Konservativen, Sozialisten oder Kommunisten regiert werden, und unabhängig davon, ob die Politiker die Entwicklung wahrhaben oder schönreden, läßt vermuten: Die Ursachen sind tiefgreifender Natur und eher gesetzmäßig, als das Verschulden der einen oder andere Politik.⁴¹

In Deutschland ist, wie in fast allen europäischen Ländern, die Fruchtbarkeit weit unter das Selbstreproduktionsniveau gesunken. D. h., die Geburtenzahl pro Frau ist kleiner als 2,0 bzw. 2,1. In Deutschland betrug sie 1996 1,3, aber auch in Italien und Spanien ebenfalls nur 1,2, in Österreich 1,4, der Schweiz und den Niederlanden 1,5. Von kurzfristigen Erholungen und Schwankungen abgesehen, ist von einem Wiederanstieg auf 2,1 in Europa keine Rede.

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, bei der hohen Bevölkerungszahl und -dichte in Europa seien die niedrigen Geburtenzahlen kein Grund zur Aufgeregtheit, ließe sich doch ein Absinken der Bevölkerungszahl auch als eine Anpassung verstehen, die durchaus auch Raum zu neuen gestalterischen Möglichkeiten böte, etwa durch eine Verringerung der Umweltbelastung. Ein solches Absinken der absoluten Bevölkerungszahl bräuchte auch keine Katastrophe zu sein, wenn es mit dem Sinken der absoluten Zahl zu einer gleichzeitigen Anreicherung des Humankapitals käme.. Es gibt aber keine Belege dafür, daß eine solche Anreicherung im Gange sei, obwohl die etablierte Politik die Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus und des allgemeinen Gesundheitszustandes, die in West- und Nordeuropa lange Zeit stattgefunden hat, in dieser Richtung auslegen möchte.

⁴¹ Weiss, V.: IQ Means Inequality: The Population Cycle that Drives Human History. KDP 2020

In Deutschland waren 2004 (also vor dem Elterngeldgesetz) – laut Mikrozensus – von den 38- bis 45jährigen Frauen 47% der Publizistinnen, Übersetzerinnen und Bibliothekarinnen kinderlos, 46% der Chemikerinnen, Physikerinnen und Mathematikerinnen und 44% der Frauen in anderen Geistes- und naturwissenschaftlichen Berufen. Man könnte das Frauenstudium also für diese Berufe fast als eine Methode der Empfängnisverhütung ansehen. Bei den Lehrerinnen waren 23% kinderlos, bei den Ärztinnen und Apothekerinnen 33%. Demzufolge werden durch die zahlenmäßige große Gruppe der Lehrerinnen für die Gesamtbilanz studierter Frauen in den Statistiken höhere Kinderzahlen vorgetäuscht. Der Vollständigkeit halber seien auch noch Ingenieurinnen, Technikerinnen, Abgeordnete und Leiterinnen in Verwaltung und Wirtschaft angeführt, alle Berufe mit einer Kinderlosigkeit knapp unter 40%. Bei den wissenschaftlichen Berufen liegt die durchschnittliche Kinderzahl bei 0,9, bei Lehrerinnen bei 1,38. In landwirtschaftlichen Berufen, dem einzigen Extrem in die andere Richtung, sind nur 6% der Frauen kinderlos und die durchschnittliche Kinderzahl beträgt 2,32. Der Mikrozensus 2004 bezieht sich ausdrücklich auf Gesamtdeutschland. Gesonderte Werte nur für die alten Bundesländer waren beim Verfasser⁴² nicht zu erfahren. Da für die frühere DDR die Kinderlosigkeit weit geringer war, sie aber in diese Statistik mit eingegangen sind, dürfte sich vor dem Elterngeldgesetz die Kinderlosigkeit der Natur- und Geisteswissenschaftlerinnen in den alten Bundesländern der Zahl 60% genähert haben. - In ihrer Mehrzahl kinderlos sind Journalistinnen, groß aber ihr Anteil an der öffentlichen Meinungsbildung. Es könnte aber der Fall eintreten, daß ihre Generation in beträchtlichem Umfang durch die Nachkommen der unterwürfigen kopftuchtragenden Frauen ersetzt wird.

Je mehr eine gebildete Frau in allen Punkten auf völlige Gleichstellung pocht, desto schwerer dürfte es ihr fallen, Kinder und Beruf in Einklang zu bringen und eine glückliche Ehe zu führen. Je höher eine Frau qualifiziert ist, desto größer ist ihr verständliches Bestreben, ihr Wissen

⁴² Bertram, Hans: Die überforderte Generation. Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft. Opladen: Budrich 2015, S. 159, Abbildung 49: Kinderlosigkeit und Anzahl der Kinder 38- bis 45-jähriger Frauen nach dem Beruf; 2004

und Können auch im Berufsleben anzuwenden. Nur ein Teil der hochqualifizierten Frauen hat einen Ehepartner mit einem so hohen Einkommen, daß beide gemeinsam für Kinder und Haushalt Hilfen bezahlen können, die staatliche Sonderzahlungen überflüssig machen. Diese Familien sind dennoch für steuerliche Berücksichtigung ihrer Leistung empfänglich und dankbar. Darüber hinaus heute gibt es sogar einige Superreiche, die große Familien haben. Für die demographische Gesamtsituation hat das aber kaum Bedeutung. Wenn es Bedeutung hätte, brauchte man kein Elterngeld.

Die gebildeten Frauen werden im Berufsleben unter einen Leistungsdruck gesetzt, der – wenn überhaupt – scheinbar für viele nur noch ein Kind zuläßt. Die wenigsten können Dienstpersonal bezahlen, das Beruf und eine kopfstärke Familie vereinbar macht. So schön das Wunschbild der voll berufstätigen Mutter ist: Bei drei Kindern ist eine Unterbrechung der Berufstätigkeit oder Teilzeitarbeit von sechs bis acht Jahren Dauer eine Segen für Mutter und Kinder, da sich manchmal nur so die wiederkehrenden Erkrankungen bei kleineren Kindern in Kindereinrichtungen beherrschen lassen.

Als ich 2000 in meinem Buch „Die IQ-Falle: Intelligenz, Sozialstruktur und Politik“⁴³ in dem Abschnitt „Studenten mit Kindern sollten eine Selbstverständlichkeit sein“ (S. 248ff.) auf die in diesem Punkte außerordentlich erfolgreich gewesene Familienpolitik der DDR von 1972 bis 1989 hinwies, konnte ich es mir kaum vorstellen, die Bundesrepublik Deutschland könne so etwas wie das Elterngeldgesetz jemals zustande bringen, so erstrebenswert es mir schien und ich alle guten Gründe, die dafür sprachen, auch anführte.⁴⁴

⁴³ Graz: Leopold Stocker 2000. – Eine 2. erweiterte Auflage ist für 2021 in Vorbereitung.

⁴⁴ „Sehr geehrter Herr Dr. Weiss: ... Zumal man ohne Übertreibung feststellen darf, dass es sich um ein Thema von nationalem Interesse handelt. Vor diesem Hintergrund werde ich Ihre Anregungen gern in meine politischen Überlegungen einfließen lassen. Mit freundlichen Grüßen“

Dr. Ursula von der Leyen; Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit; Hannover 8. August 2005

Als 2002 Robert Scheithauer⁴⁵ zum erstenmal bei mir anrief und sagte, im Bundesfamilienministerium gäbe es ernsthafte Überlegungen, ein Elterngeldgesetz nach dem Vorbild Schwedens zu erarbeiten, wollte ich es kaum glauben. Renate Schmidt (SPD), dreifache Mutter, ab 2002 Bundesfamilienministerin, hatte als Siebzehnjährige das Gymnasium verlassen müssen, weil sie schwanger war und selbst erlebt, wie schwierig es dann war, mit Kindern im Berufsleben Fuß zu fassen und zu bestehen. 2005 folgte als Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU), siebenfache Mutter. Unter diesen beiden Ministerinnen entfaltete sich im Ministerium eine umfangreiche Tätigkeit und im Hintergrund eine unermüdliche Lobbyarbeit, bei denen es um die besten Argumente ging, um das Gesetz durchzubringen.

Die politische Vorgeschichte des bundesdeutschen Elterngeldgesetzes und das Wie seiner Durchsetzung ist gut bekannt und dokumentiert⁴⁶ und in leicht zugänglichen Veröffentlichungen nachvollziehbar.⁴⁷ Eine Schlüsselrolle spielte dabei der Siebte Familienbericht.⁴⁸ Es ist deshalb nicht notwendig, wenn wir hier für ein Elterngeld-ZUKUNFT eintreten, die Geschichte des Gesetzes noch einmal zusammenzufassen. Stattdessen wollen wir uns auf Kernpunkte beschränken.

Warum ist ein Elterngeldgesetz vor 14 Jahren und nicht schon früher verabschiedet worden? Als man sich im Bundesministerium für Familie nach Vorbildern und Erfahrungen mit einem lohnabhängigen Elterngeldgesetz umgeschaut hat, richtete sich der Blick vor allem nach

⁴⁵ Scheithauer, R.: 2003 – Deutschland nach Verlust seiner Eliten. *Genius* 7 (2003) 148-150

⁴⁶ Mayer, T. und W. Rösler: Der „Paradigmenwechsel“ zur Einführung des Elterngeldes und seine Fehlkonstruktionen. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2013) 173-191

⁴⁷ Bujard, M.: Gibt es das Elterngeld ohne demografische Argumente? Eine Analyse des Policy-Cycle der Elterngeldreform. In: Mayer, T. (Hrsg.): *Die transformative Macht der Demografie*. Springer VS 2017, S. 477-499

⁴⁸ BMFSFJ und DJI (Hrsg.): *Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Berlin: DeutschesJugendinstitut 2006

Schweden und Finnland.⁴⁹ Beide Länder waren in Hinblick auf die Erwerbstätigkeit und die Gleichberechtigung der Frauen weit vorangeschritten, weswegen sie vor allem aus Sicht der SPD Vorbildwirkung hatten. Im Wahlkampf 2005 lautete ihr Beschluß zur Familienpolitik „Mehr Kinder, bessere Bildung, starke Familien, soziale Gerechtigkeit, dynamische Wirtschaft“. Die CDU/CSU hing noch lange an dem traditionellen Familienbild: Der Mann als Ernährer, die nicht-berufstätige Frau als Partnerin. Dennoch gelang unter der CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen der Paradigmenwechsel, wobei sie die Zustimmung der CSU durch das Angebot erreichte, auch ein Betreuungsgeld für Mütter einführen zu wollen, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Schwer wogen die Einwände, die insbesondere von einzelnen FDP-Abgeordneten vorgebracht wurden, die darauf hinwiesen, es sei mit einem Elterngeldgesetz nicht getan, wenn nicht auch ein Betreuungsplatz für die Kinder angeboten werden könne. Diesen Einwänden wurde mit dem Kinderförderungsgesetz Rechnung getragen, das einen verbindlichen Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige garantieren will. Aber auch Fünfjährige kann man nicht den ganzen Tag und Siebenjährige nicht nach der Schule sich völlig allein überlassen, und nicht überall gibt es Großeltern, die die Lücke füllen, so daß sich damit auch für das Elterngeld-ZUKUNFT eine echte und nicht so einfach zu lösende Aufgabe stellt.

Wie weit die CDU vor 2005 von einem Umdenken entfernt war, wird einem klar, wenn man liest, wie sich z. B. Norbert Blüm zum Thema „Familienleistungen“ äußerte: *“Eine Alternative zu den Kindererziehungszeiten ist die Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Beitragsaufbringung. ... Eine Beitragsanpassung würde sich auf Bezieher hoher Einkommen günstiger auswirken als auf Bezieher niedriger Einkommen. Denn ein Prozent Beitragsermäßigung bei 4 000-DM-Einkommen macht einen anderen Betrag aus als ein Prozent Beitragsermäßigung bei 2 000 D-Mark-Einkommen. Die Kinder von*

⁴⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit in internationalen, insbesondere europäischen Vergleich, Länderstudien 2008 - Bezeichnenderweise und leider ließ man die DDR dabei völlig außer Betracht.

Höherverdienenden würden also höher bewertet. Das ist ein in der Sozialversicherung unbekannter Gedanke.“⁵⁰

Nicht nur im Bundestag von den Linken, von der FDP und von den Sozialverbänden, auch von einzelnen Sozialwissenschaftlern wurde argumentiert daß das Elterngeld noch für einen weiteren Paradigmenwechsel in der Familienpolitik stehe: „Nicht mehr die Bedürftigkeit entscheidet über staatliche Zuwendungen, sondern die bisher erbrachte Leistung auf dem Arbeitsmarkt. ... Die Reformvorhaben setzen zudem vor allem Anreize für eine verstärkte Arbeitsmarktaktivierung und Geburtensteigerung bei hochqualifizierten Frauen, während das familienpolitische Ziel der Umverteilung in den Hintergrund tritt. Dies hat, so unsere zweite These, tiefgreifende Folgen mit Blick auf soziale Ungleichheiten, indem es lediglich hochqualifizierten Frauen eine ‚exklusive Emanzipation‘ verspricht. Deren wertvolles Humankapital soll sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Reproduktion der qualifizierten Arbeitskräfte von morgen stärker genutzt werden.“⁵¹ - Die FDP-Abgeordnete Sibylle Laurischk äußerte Bedenken, „daß denjenigen Familien, die wenig oder gar nicht bedürftig sind, eine wesentlich höhere staatliche Transferleistung erhalten werden als bedürftige Familien. ... Eine Sozialeistung darf niemals mit abnehmender Bedürftigkeit ansteigen.“⁵² Beim Elterngeld-ZUKUNFT werden sich solche Bedenken und Einwände mit ähnlichen Begründungen wiederholen.

”

Mit dem Elterngeld ... will man weniger die Armut von Kindern als die Armut an Kindern bekämpfen“, erkannte Christoph Butterwege zutreffend.⁵³ Das Elterngeld folgt dem Grundsatz der

⁵⁰ Blüm, N.: Konfusion als Konzept. Die politische Meinung Nr. 358 (1999) 26-37

⁵¹ Henninger, A. et al.: Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen. Berliner Journal für Soziologie 18, Nr. 1 (2008) 99-128 – Wegen der monatelangen Schließung auch der wissenschaftlichen Bibliotheken war es Anfang Februar 2021 leider nicht möglich, diese Zitierung nach Mayer und Rösler (2013) im Original nachzulesen.

⁵² Deutscher Bundestag, Wortprotokoll, 2006, nach Mayer und Rösler (2013)

⁵³ Butterwege, C.: Elterngeld – eine gute Idee, die sozial ausgestaltet werden muss. Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ausschussdrucksache 16(13)81c. 3.7.2006

Leistungsgerechtigkeit. Diesen hatte Peer Steinbrück (SPD) als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident als Leitlinie vorgegeben: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die ... muss sich Politik kümmern.“⁵⁴ -Steffen Reiche, Bundestagsabgeordneter der SPD und früherer Bildungs- und Wissenschaftsminister des Landes Brandenburg, sprach das aus, was manche andere nur insgeheim dachten: „Mit dem Elterngeld will man bewusst auch besser verdienende Eltern anregen, wieder mehr Kinder zu bekommen. Man erhofft sich davon, das auch die Gruppe mit der vermeintlich besseren genetischen Disposition einen höheren Beitrag zur demographischen Entwicklung leistet.“⁵⁵

Die Konstruktionsfehler des Gesetzes

Der Wunsch, das Bestreben und die Forderung nach einem Elterngeld-ZUKUNFT setzen an den bestehenden Mängeln des Elterngeldgesetzes von 2007 an. Dieses Gesetz berücksichtigt unzureichend, daß es sich nicht um die Geburt von Einzelkindern geht, sondern die Geburt von mehreren Geschwisterkindern gefördert werden sollte. Der Geschwisterbonus erhöht den Anspruch auf Elterngeld lediglich um 10%. In Schweden wird der Geschwisterbonus deutlich großzügiger gewährt. Kommt in Schweden ein zweites Kind innerhalb von 30 Monaten auf die Welt, berechnet sich das Elterngeld auf der Basis des Einkommens vor Geburt des zuerst geborenen Kindes. Wenn es um ein Elterngeld-ZUKUNFT geht, dann sollte sich die Leistung des Elterngeld für die Bezieher dieses Elterngeld mit steigender Kinderzahl nicht mehr nennenswert verringern, so wie das gegenwärtig noch der Fall ist.

⁵⁴ Gerechtigkeit: Etwas mehr Dynamik, bitte. Die Zeit Nr. 47 (13. November 2003)

⁵⁵ spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 148/2006, S. 5; zitiert nach Butterwege (2006)

Das Elterngeld in der derzeitigen Form setzt große Anreize, mit der Geburt von Kindern bis zur beruflichen Etablierung zu warten. Mayer und Rösler geben 2013 an, daß 20-bis 25-jährige Frauen 419 Euro Elterngeld bezogen, 25- bis 30 jährige Frauen 636 Euro, 35- bis 40 jährige Frauen erhielten im Durchschnitt 808 Euro. Wenn auch die absoluten Zahlen sich 2021 verändert haben dürften, dann aber nicht ihre altersbezogenen Unterschiede. *„Frauen als rational handelnde Individuen überlegen sich nun ganz genau, ob sie schon Mitte 20 ein Kind bekommen, wie es medizinisch empfohlen wird oder besser erst in ihre Karriere investieren und deutlich später in die Elternschaft eintreten, wenn sie Anspruch auf ein angemessenes Elterngeld erwirtschaftet haben. So gelingt es heute jeder zehnten über 40-jährigen Frau den Maximalbetrag von 1800 Euro Elterngeld zu beziehen, von den unter 30-jährigen schafft das nicht einmal ein Prozent. ... In Zeiten der hohen Qualifizierung der Frauen, langer Ausbildungszeiten und schwieriger Berufseinstiege bleibt es fragwürdig, ob die Reihenfolge Ausbildung, berufliche Etablierung, Kind in jedem Fall am günstigsten ist- ... Das mögliche Zeitfenster für die Geburt von Kindern wird dadurch noch enger. Im Hinblick auf das Alter der Mutter bei Geburt sowie die Förderung weiterer Kinder könnte man von einer Fehlkonstruktion des Elterngeldes sprechen.*

Wenn die Hoffnung bestand, dass nach Einführung des Elterngeldes die Geburtenrate ansteigt, so ist dies bisher zumindest für den Indikator Periodenfertilität (TFR) nicht eingetroffen, die weiterhin bei 1,4 Kindern pro Frau stagniert. ... Gleichzeitig findet der Geburtenaufschub ungebremst statt, der durch das einkommensabhängige Elterngeld nun ja auch verstärkt angereizt wird. ... [Es] zeigt sich deutlich, dass immer weniger Kinder von 20- bis 30-jährigen Frauen geboren werden. ... In Westdeutschland gleicht sich insgesamt die Abnahme der Geburten der unter 30-jährigen exakt mit der Zunahme der Geburten der über 30-jährigen aus. Die Geburtenrate insgesamt ist nicht gestiegen. Von einem demografischen Erfolg kann auch deshalb nicht die Rede sein, weil in der Gynäkologie das Alter ab 35 (ab 40 beim zweiten bzw. dritten Kind) als Risikofaktor für die Gesundheit von Mutter und Kind gilt. Seit Einföhrug des Elterngeldes gibt es häufiger Risikogeburten. Auch wenn dieser Trend schon vorher zu beobachten war. Gleichzeitig gebären Frauen im medizinisch günstigen Alter immer weniger Kinder. ... Der

*Geburtenaufschub ... verhindert in manchen Fällen auch die Option auf eine Mehrkinderfamilie. Dabei entscheidet gerade deren Anteil die Höhe der Geburtenrate.*⁵⁶

Besonders ausgeprägt und damit besonders ungünstig wirkt sich die Fehlkonstruktion des derzeitigen Elterngeldes auf die Frauen aus, die wir eben darum als Adressaten eines Elterngeldes-ZUKUNFT sehen. *„Akademikerinnen haben mit großem Abstand die meisten Geburten mit über 30 Jahren, mehr noch: Ein Großteil ihrer Gesamtfertilität findet im Lebenslauf jenseits des 30. Geburtstags statt. Die Summe ihrer Fertilitätsrate von 30-44 Jahren bezogen auf 1000 Frauen liegt bei Akademikerinnen in 2011 bei 1164 Geburten, während sie in der mittleren Bildungsgruppe bei 722 und bei den Frauen ohne beruflichen Abschluss bei 608 Geburten liegt. ... [Insgesamt liegt die Kinderzahl] für 2011 bei 1,98 für Frauen ohne beruflichen Abschluss, 1,37 bei der mittleren Bildungsgruppe und 1,41 bei Akademikerinnen. Dabei ist der Anteil der Geburten nach dem 30. Geburtstag im Zeitraum 2006-2011 in allen Bildungsgruppen gestiegen, ... von 77,7% auf 82,6% bei Akademikerinnen.*⁵⁷ Festzuhalten ist als positives und erstrebtes Nahziel des Elterngeldes: Der Anstieg der Geburten bei Akademikerinnen ab 30 und besonders ab 35 Jahre hat erheblich dazu beigetragen, daß die geschätzte Gesamt-Kinderzahl bei den Akademikerinnen bis 2011 das Niveau der mittleren Bildungsgruppe erreicht hat. Dennoch: *„Insbesondere Akademikerinnen in Westdeutschland sind heute bei Geburt ihrer Kinder durchschnittlich nah am biologischen Limit, so dass der weitere Geburtenaufschub schon aufgrund biologischer Gegebenheiten gestoppt wird oder häufiger von der Möglichkeit der künstlichen Befruchtung Gebrauch gemacht werden müsste.*⁵⁸

Obwohl diese Mängel des Elterngeldgesetzes spätestens seit 2013 durch die führenden und zuständigen Fachleute und Fachwissenschaftler offengelegt worden sind – neuere Zahlen, soweit bekannt, besagen nichts

⁵⁶ Mayer, T. und W. Rösler (2013), hier S. 185ff.

⁵⁷ Bujard, M. und J. Passset: Wirkungen des Elterngeldes auf Einkommen und Fertilität. Zeitschrift für Familienforschung 25 (2013) 212-237, hier S. 229

⁵⁸ Mayer, T. und W. Rösler (2013) hier S. 186

anderes – sind dem Verfasser bisher keine politischen Initiativen bekannt, die sich um eine Novellierung des Gesetzes bemühen, um ein Elterngeld-ZUKUNFT. Eigentlich erstaunlich?

Und ist die Deckelung von 1800 Euro noch zeitgemäß? Müßte sie nicht inzwischen irgendwo über 2000 Euro liegen? Auch die Obergrenze des Elterngeldes von 1800 Euro steht seit 2007 fest, in einer Zeit, in der seither sämtliche Diäten, Bezüge und Sozialleistungen erhöht worden sind

Gegenwärtig hat die kulturtragende Durchschnitts-Akademikerfamilie ein Kind und erfreut sich im Alter von 70 bis 80 Jahren der Geburt des einzigen Enkels. Im gleichen Lebensalter erfreut sich die durchschnittliche Landarbeiterin ohne Schulabschluß ihrer acht Urenkel. Ihnen sind doch sicher bei Klassentreffen der Klassen vor und nach Ihrem 5. Schuljahr (es gibt ja so viele Unterschiede in den Schulbezeichnungen zwischen West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Sie werden aber wissen, was gemeint ist), die Sie besucht haben, Mitschüler und Mitschülerinnen begegnet, die ziemlich genau diesem „idealtypischen“ Familienbild mit diesen Kinder-, Enkel- und Urenkelzahlen entsprechen? Der Verfasser, 76 Jahre alt, kennt solche Fälle. Der Vergleich absoluter Kinderzahlen reicht nicht aus, man muß auch die Generationendauer in die Rechnung einbeziehen. Derzeit dürften zwei Generationen hochqualifizierter Eltern im Mittel drei Generationen unqualifizierter Eltern entsprechen. Und meinen Sie, das geht an dem Leistungs- und Innovationsvermögen eines Volkes und Staates auswirkunglos vorbei? Sie meinen, die Lücken könnten durch Einwanderer geschlossen werden? Ja, könnten, rein theoretisch, aber ist es tatsächlich der Fall?

Die geisteswissenschaftlichen, künstlerischen und mediengestaltenden Berufe sind zweifellos ein unentbehrlicher Bestandteil unserer Kultur, obwohl es fast so scheint - geschrieben im Februar 2021 – als wolle man ihnen derzeit ihre Entbehrlichkeit vor Augen führen. Denn alles Geld, was sie verdienen, hängt letztlich von der Arbeit und Leistungsfähigkeit des produktiven Sektors der Volkswirtschaft ab, von der Arbeit und Innovationskraft der MINT-Berufe: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik und der unternehmerischen Kraft in diesen

Berufen., die Deutschland viele Jahre zum Export-Weltmeister gemacht hat. Begabungen für diese Berufe und Tätigkeiten müssen geboren und gebildet werden, d. h. auch in ausreichender Zahl geboren werden.

Wenn eine Frau keine 6 oder 10 Geburten mehr hat und eine entsprechende Zahl überlebender Kinder großzuziehen, wie in der Generation unserer Urgroß- und Ururgroßeltern vor und um die Wende des 20. Jahrhunderts, so entstehen Freiräume. Die Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt, da ein Doppeleinkommen einer Familie ein ganz andere Lebenshaltung ermöglicht als nur das Einkommen des Mannes und eine andere Lebensführung und Selbstverwirklichung. Das gesamte 20. Jahrhundert ist durch das Drängen der Frauen, insbesondere der intelligenten, nach Bildung und politischer Gleichberechtigung gekennzeichnet. Am Ende des Jahrhunderts sind, angefangen mit fast Null Prozent um 1900, rund 100 Jahre später rund die Hälfte aller Studenten an Fach- und Hochschulen Frauen, in einigen Fachrichtungen sogar mehr als die Hälfte, wobei der Anteil der Abiturienten und Studenten von wenigen Prozent auf rund ein Drittel eines Geburtsjahrgangs gestiegen ist, mancherorts, wo Leistungsansprüche gesenkt wurden, noch höher. Das heißt, die politische Forderung nach einem Elterngeld-ZUKUNFT betrifft jetzt oder 2030 keine kleine Minderheit, sondern etwa ein Drittel alle Frauen. Man darf auch nicht vernachlässigen, daß die Zahl der Partnerschaften, in denen nur ein Partner einen Schulabschluß hat, der zum Besuch einer Fach- oder Hochschule berechtigt, zu der Zahl der Partnerschaften zu addieren ist, in denen beide Partner Abiturienten oder Studenten sind. Dadurch nähert sich der Bevölkerungsanteil, der von der Forderung nach dem Elterngeld-ZUKUNFT betroffen ist, der Hälfte der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Die Forderung betrifft auf die eine oder andere Weise fast die gesamte Mittelschicht. Denn nicht nur die Abiturienten und Studenten selbst wären von den finanziellen Auswirkungen betroffen, sondern indirekt auch ihre Eltern und Geschwister. Es ist somit keine Forderung für nur wenige Prozent einer herausgehobenen Bildungsschicht. Ausklammern brauchen wir nur die kleine Zahl der sehr Wohlhabenden und Superreichen, die sich Dienstpersonal und Wohnungen nach Bedarf leisten können, wenn sie nur wollen, deren demografische

Gesamtbedeutung aber sehr gering ist und deshalb hier außer Betracht bleibt, da ihre Entscheidungen für Kinder und Beruf anderen Maßstäben folgen als der Masse der Bevölkerung.

Wenn Frauen ausländischer Herkunft in Deutschland bis zum Abitur die Schule besuchen und studieren, dann sollte man davon ausgehen, daß sie so gut integriert sind, daß sie – unabhängig von der aktuellen Staatsbürgerschaft – selbstverständlich Anspruch auf das Elterngeld-ZUKUNFT haben sollten. Wenn Frauen nach Deutschland kommen um zu studieren, aber mit der ausdrücklichen Absicht, das Land nach dem Studium wieder zu verlassen, dann könnte man es vom Einzelfall und von den Umständen abhängig machen, ob ihnen mit einem in Deutschland geborenen Kind, Elterngeld-ZUKUNFT gezahlt wird. Selbstverständlich ja, wenn der Partner Deutscher ist oder eine feste Arbeit in Deutschland hat, und dann in der Hoffnung, daß auch Mutter und Kind in Deutschland bleiben.

Wenn man in einer Demokratie eine Novellierung des Elterngeldgesetzes erreichen will, so sollte man in Gesellschaften, Vereinen und bei Beratern ohne viel Aufhebens einen parteipolitisch übergreifenden Konsens der Einsichtigen anstreben. Die Gegner werden versuchen, jede Förderung von Mittel- und Oberschichtgeburten als „Eugenik“ in Verruf zu bringen. In der deutschsprachigen Wikipedia findet man zwar lange und breite Ausführungen über „Arbeiterkinder“ und ihre tatsächlichen und angeblichen Benachteiligungen, aber nicht das Stichwort „Studentenkinder“.⁵⁹

Studenten und Studentinnen in anspruchsvolleren Studienrichtungen, also für MINT-Berufe (und z. B. Medizin, mit der Verpflichtung, auf dem Lande ihren Beruf auszuüben), könnten höhere Stipendien und Leistungszulagen und ein höheres Elterngeld erhalten, als solche in Fächern mit durchschnittlich geringeren geistigen Anforderungen. (Denn gerade der erstgenannte leistungsfähige Personenkreis wird später als

⁵⁹ Weiss, V.: Wikipedia als Tummelplatz des geistigen Lumpenproletariats. In: Mäckler, A. (Hrsg.): Schwarzbuch Wikipedia. Mobbing, Diffamierung und Falschinformation in der Online-Enzyklopädie und was jetzt dagegen getan werden muss. Hör-Grenzhausen: Zeitgeist 2020, S. 215-235

Steuerzahler doch kräftig zur Kasse gebeten.) Das erlaubte eine gewisse Lenkung, heraus aus überlaufenen Fachrichtungen mit geringen Berufsaussichten. Was stände dem entgegen?

t

Studierende Frauen mit Kindern sind besonders zu fördern. Denken könnte und sollte man auch an die Schaffung eines Fonds und rechtlichen Rahmens, mit dem für befähigte Akademikerinnen, die schon Mütter sind oder Familien gründen wollen, in den Behörden, in der Forschung und in der Industrie längerfristete Arbeitsstellen von 7 bis 10 Jahren und zusätzlichen möglichen Freijahren „und mit entsprechender Verlängerung, wenn in dieser Zeit Kinder geboren werden“.⁶⁰ Die von der Männerwelt geschaffene derzeitige Notwendigkeit für die Absolventen, in der Forschung und an den Universitäten alle 2 oder 3 Jahre einen neuen, mit immer neuer Unsicherheit belasteten Antrag auf eine befristete Stelle⁶¹ zu stellen, zerstört nicht nur das Familienleben der studierten Frauen, sondern macht oft überhaupt keinen vernünftigen Anfang noch im mittleren Lebensalter möglich, in dem auch Kinder geboren werden können und sollten. Denn Frau und Mann müssen ihre Anträge in der Regel getrennt stellen, in verschiedenen und oft weit auseinander liegenden Städten und dann, bei einem „positiven“ Ergebnis, mit wieder getrennten Arbeits- und Wohnorten. (Persönlich kenne ich in der nächsten Generation einige Partnerschaften, die eben daran gescheitert oder kinderlos geblieben sind.) Das ist das eigentliche Problem, das auch durch ein Elterngeld-ZUKUNFT nicht gelöst wird.

In der DDR kam es 1972 zu einem Paradigmenwechsel, weil sich Vernunft Bahn gebrochen hatte. Der Beweis, daß sich mit finanziellen, organisatorischen und ideellen Anreizen und der Rückendeckung des Staates auch beim akademischen Nachwuchs ein Geburtenniveau

⁶⁰ Schlegel, U. und A. Burkhardt: Frauenkarrieren und –barrieren in der Wissenschaft: Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext. Wittenberg: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Hochschulforschung 2005 (=HoF-Arbeitsbericht 6'05), hier S. 36

⁶¹ Nicht selten handelt es sich nur um halbe Stellen, die dementsprechend bezahlt werden. Der Vorgesetzte erwartet aber den vollen Einsatz. Und was macht der Absolvent, wenn die Alternative Arbeitslosigkeit ist?

erreichen läßt, das Hoffnung macht, war in der DDR erbracht worden. Die Hoffnung war eine von der Realität losgelöste, da sie in eine marode Planwirtschaft eingebettet war. Warum sollen aber derartige Anreize in einer freien Wirtschaft nicht möglich sein und nicht greifen?⁶² Mit Almosen wird es allerdings nicht getan sein.

Wer soll das bezahlen, fragen Sie? Das derzeitige Elterngeld macht (nach der breiten Definition der Ausgaben) nur 2,5% der familienpolitischen Ausgaben des BMFSJ⁶³ aus. Da durch die zeitliche Vorverlagerung der Geburten die späteren relativ hohen Zahlungen eher weniger werden als mehr, dürfte die Gesamtsumme für ein Elterngeld-ZUKUNFT nicht so entscheidend höher werden als derzeit, aber sinnvoller platziert sein.

Heute werden von vielen Seiten Investitionen in die Zukunft gefordert. Gibt es eine bessere Investition in die Zukunft als die Geburt und das Heranwachsen bildungsfähiger Kinder?

⁶² Freche, A.: Studieren mit Kind?! Strategien zur Vereinbarkeit von Studium und Kind an ausgewählten Hochschulstandorten und Handlungsempfehlungen für Akteure aus der Praxis. Diss., Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, TU Chemnitz 2015

⁶³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2010. Zitiert nach Bujard und Passet (2013), S 150

Warum ein Elterngesetz-ZUKUNFT?

Als am 1.1.2007 in Deutschland das Elterngeldgesetz in Kraft trat, hatte es von Anfang an einen schweren Geburtsfehler. In der Öffentlichen Anhörung vor dem Familienausschuss hatte am 3.7.2006 Prof. Christian Seiler darauf hingewiesen: „Denn um die Vorteile des Elterngeldes zu optimieren, müßten junge Erwachsene ihre Familiengründung möglichst auf einen späteren Zeitpunkt mit dann höherem Einkommen verschieben.“ Dieser Einwand des Sachverständigen blieb leider vergeblich, bis heute.

Alle bildungssoziologischen Forschungen ergeben, daß intelligente Eltern auch wieder Kinder haben, die überdurchschnittlich intelligent sind. Die Soziologen glauben zu wissen, daß das (allein, meint der Soziologe; auch, der Genetiker) daran liegt, weil intelligente Eltern die Kindern in einem Milieu aufziehen, in dem es geradezu zwangsläufig dazu kommt, daß die Kinder auch wieder intelligent sind. An diesem unzweifelhaften Zusammenhang setzte das Hauptargument für das Pro zum Gesetz an: Wenn in 20, 30 oder 40% der Familien gebildeter Ehepaare keine Kinder aufwachsen (in vielen weiteren Familien nur ein Kind), dann verschenkt man das Erziehungspotential dieser Familien. Der Staat muß stattdessen Millionen für die Bildungsförderung der Kinder unqualifizierter oder gering qualifizierter (teils sogar kinderreicher) Eltern ausgeben, Mittel, die gebildete und hochgebildete Eltern aus eigenem Antrieb aufbringen würden, wenn sie denn nur Kinder hätten oder mehr als eines. Mit diesem Argument wurden vor 2007 die Einwände derjenigen, für die alle Menschen gleich sein sollen, in den Hintergrund gedrängt.

Das Elterngeld-ZUKUNFT würde den Geburtsfehler des Elterngeldgesetzes von 2007 aufheben. **Wenn junge intelligente Frauen - Abiturientinnen, Studentinnen - Kinder haben wollen, dann sollten sie monatlich den Betrag ausgezahlt bekommen, den sie nach Abschluß ihrer Ausbildung als Berufstätige im Alter von 35 oder 40 Jahren bekämen.**

Eines ist klar: Wenn ein Elterngeld-ZUKUNFT, nach Jahren guter Argumentation und Lobbyarbeit, je Wirklichkeit werden soll, dann muß eine parteienübergreifende Einsicht erreicht werden, vor allem auch innerhalb der Volksparteien, wie schon vor 2007. Wenn eine Partei allein, die sich vielleicht gegenwärtig in der Opposition befindet, das Elterngeld-ZUKUNFT in ihr Programm aufnähme, dann wäre das eher kontraproduktiv. Wenn ein Elterngeld-ZUKUNFT Gesetz werden soll, dann darf sich die Anregung und das Eintreten dafür nicht mit einem Namen, einer Organisation oder einer Partei verbinden, auch wenn ein solches Eintreten erforderlich ist.

Wer den Vorschlag gut findet, der möge bitte das Anliegen dieser Broschüre⁶⁴ hier weitertragen, auch anonym oder in Auszügen und dementsprechend in Einzelheiten verändert. Auch ohne Zitierung, wenn es dem Anliegen dann besser dienen sollte. Der Verfasser erhebt keinerlei Anspruch auf irgendein Urheberrecht für den Vorschlag. Nur dann, wenn kein Unterstützer sich damit selbst profilieren will, kann es etwas werden. Denn diejenigen, die sich für zu klug halten, sich politisch einzumischen, müssen in Kauf nehmen, von Personen regiert zu werden, die weniger weitsichtiger sind als sie.

⁶⁴ Diese Broschüre hier kann zu dem durch KDP festgelegten Minimalpreis bei amazon.de bestellt und verschenkt und verbreitet werden.- Unter researchgate kann der Volltext auch heruntergeladen und als Email-Anhang weiterverbreitet werden.